

LandInForm

4/2015
AUSZUG

Herausgeber:

Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume

dvs@ble.de

www.land-inform.de

Für eine starke Zivilgesellschaft

Eine Initiative des Berliner Anne Frank Zentrums möchte die Generation 65 plus für Demokratie und Menschenrechte sensibilisieren. Der Grund: In den ländlichen Räumen Ostdeutschlands scheinen die Ignoranz und die Akzeptanz gegenüber rechtsextremen Parolen bei älteren Menschen verhältnismäßig stärker ausgeprägt zu sein als im städtischen Umfeld.

[VON GÖTZ LEHMANN]

Für viele Menschen in Ostdeutschland brachte die Zeit nach der Wende große Verunsicherungen mit sich. Der Weltmarkt bestimmte plötzlich die Marktwirtschaft und die landwirtschaftliche Produktion wurde durch moderne Technik auf Effizienz getrimmt. Insbesondere die Landbewohner spürten nach und nach die Folgen der globalen Marktwirtschaft. Gleichzeitig fehlte es der älteren Generation häufig an Erfahrungen in gesellschaftlich eingeübten Beteiligungsritualen und -techniken. Orientierungslosigkeit, Ängste und fehlende Identität haben in einigen Regionen das Gemeinwesen negativ beeinflusst, sodass eine latente Toleranz gegenüber rechtsextremen Einstellungen und eine Verweigerung gegenüber der Ausübung demokratischer Grundrechte entstanden ist, so die Ergebnisse der Forschungsarbeit „Ein Staat – zwei Gesellschaften. Die Sozialstruktur der DDR und der soziale Wandel im Prozess der Vereinigung“ von Michael Hofmann, Soziologe an der Universität Jena.

Protestaktionen zu verschiedenen Themen haben auch aktuell großen Zulauf in Ostdeutschland. Dabei ist zu beobachten, dass die Demonstranten einfache Lösungen fordern und bestimmte Menschengruppen ausgrenzen. An dieser Stelle setzt das Projekt Forum 65+ an: Es will Senioren für Vielfalt, Demokratie und Menschenrechte sensibilisieren und sie als zivilgesellschaftliche Akteure stärken.

Bestandsaufnahme

Das Forum 65+ ist ein Projekt des Anne Frank Zentrums Berlin und wird als Modellprojekt gegen Rechtsextremismus von der Bundeszentrale für politische Bildung finanziert. Das Forum will neue Formate des gesellschaftlichen Engagements im ländlichen Raum sichten, verstärkt publik machen und fördern, explizit in den

neuen Ländern. Dabei werden gezielt inhaltliche und organisatorische Kooperationen mit regionalen und lokalen Partnern angestrebt. Für die erste Umsetzungsphase sind Interessenten und potenzielle Kooperationspartner aus allen Regionen in Mecklenburg-Vorpommern willkommen.

Im Juli 2014 startete das Forum 65+ mit einer Modellphase. Dabei stand die Analyse der Situation im ländlichen Raum und der anvisierten Zielgruppe – die Generation 65 plus – im Mittelpunkt. Vier Arbeitsinstrumente wurden hierfür entwickelt:

- // eine Recherche zur Erfassung von Bildungs- und Gemeinschaftsangeboten von und für Vertreter der Generation 65 plus in den neuen Ländern;
- // eine Umfrage bei Jugendlichen über ihr Bild von und ihre Beziehung zur Generation 65 plus;
- // ein Fachgespräch mit Experten aus Wissenschaft und Praxis;
- // eine Praxis-Werkstatt, in der die Generation 65 plus direkt als Zielgruppe politischer Bildung angesprochen wird und zu Wort kommt.

Die Situationsanalyse hat ein eher widersprüchliches Szenario innerhalb der Angebotslandschaft für Senioren gezeigt. Zwar entwickeln viele Initiativen im ländlichen Raum typischerweise generationsübergreifende Angebote; mit dem Rückgang der Geburten und der zunehmenden Abwanderung der Jüngeren kann dieser Ansatz aber immer seltener umgesetzt werden. Die Ausgangsthese, der zufolge Senioren innerhalb der politischen Bildungsarbeit eine bisher wenig beachtete Zielgruppe darstellen, konnte im Laufe des Pilotprojekts bestätigt werden: Themen der politischen Bildung fanden sich zwar in einigen Angebotsprofilen wieder, stellten jedoch meist nur einen Teil der eher breiten Ausrichtung dar.



- 1 In Kleingruppen werden die Bedingungen für das Gelingen eines lokalen Projekts diskutiert und erarbeitet.
- 2 Eine Diskussionsrunde bei einem Seminar des Forums 65+ im sächsisch-anhaltinischen Kemberg



Erste Ergebnisse

Aus dem bisherigen Projektverlauf lassen sich folgende Erkenntnisse für die Arbeit mit der Zielgruppe 65 plus im ländlichen Raum ableiten:

- // Der ländliche Raum Ost wird oft stigmatisiert und mit Begriffen wie „Verarmung“, „Rechtsextremismus“ oder „hoher Arbeitslosigkeit“ identifiziert. Die Eigenwahrnehmung der lokalen Bevölkerung stimmt oft nicht mit der Einschätzung von außen überein – das erzeugt Abwehrreflexe. Ziel muss es deswegen sein, Vorurteile abzubauen und Klischees aufzulösen.
- // Vielerorts fehlt das Verständnis für demokratisch ausgeübte Beteiligungsrituale, auch Erfahrungen damit fehlten oftmals.
- // Die Auseinandersetzung mit den Biografien der Generation 65 plus in Ost und West ist ein wichtiger Ansatz für die politische Bildungsarbeit.
- // Der Mikrokosmos „ländliche Dorfgemeinschaft“ wird sehr stark von persönlichen Netzwerken beeinflusst. Private Konflikte, Vorurteile und Misstrauen beeinflussen gesellschaftliche Entscheidungsprozesse mehr als im städtischen Umfeld. Hier bedarf es differenzierter Angebote zur Streitkultur und Konfliktbewältigung.
- // Ein wichtiger Aspekt ist die Wahrnehmung und Herausbildung der eigenen Selbstwirksamkeit: Ich kann mit meinem Handeln etwas bewirken und in meinem Umfeld etwas zeitnah verändern. Welche Befähigungen sind dafür nötig?
- // Die Entwicklung und Pflege von Netzwerken ist auf dem Land von großer Bedeutung. Gerade für die Generation 65 plus werden hier praxisorientierte und regionale Angebote benötigt. Parallelstrukturen von digitalen und analogen Kommunikationsformaten sind sinnvoll.
- // Bei der Umsetzung bürgerschaftlichen Engagements in Form konkreter Projekte nehmen kompetente und in der Gemeinde gut vernetzte Personen eine Schlüsselstellung zwischen Bürgern und Verwaltung ein; sie sollten daher fortwährend qualifiziert werden.
- // Wirkung und Erfolg der Arbeit des Forums 65+ hängen maßgeblich von der intergenerativen Verschränkung, also vom gemeinsamen Engagement verschiedener Generationen, ab.

Die nächsten Schritte

Trotz dieser generell gültigen Erkenntnisse hat sich gezeigt, dass die Voraussetzungen und Rahmenbedingungen innerhalb der neuen Länder extrem unterschiedlich sind. Dies wurde bei den verschiedenen Workshops und Seminaren deutlich, die in diesem Jahr auf lokaler und regionaler Ebene gemeinsam mit Akteuren vor Ort durchgeführt wurden. Ab 2016 wird sich das Forum 65+ mit seinen Angeboten zunächst auf das Bundesland Mecklenburg-Vorpommern konzentrieren. Inhaltlich werden dabei Integrationsmodelle und -formate im ländlichen Raum eine zentrale Rolle einnehmen, denn die Flüchtlingsdebatte bestimmt im Projekt-Zielgebiet zunehmend die zivilgesellschaftlichen Auseinandersetzungen und ist eng mit Fremdenhass, Rassismus und antidemokratischen Einstellungen verbunden. Auftakt dazu war die Veranstaltung „Flüchtlinge auf dem Land – Integration als eine zusätzliche Belastung oder Chance für eine gemeinsame Perspektive?“ im November 2015 in Wangelin. Darüber hinaus wird das Forum 65+ gemeinsam mit Partnern, wie der Landesarbeitsgemeinschaft Arbeit und Leben Mecklenburg-Vorpommern, dem Flüchtlingsrat Mecklenburg-Vorpommern, der Landeszentrale für politische Bildung und der Stiftung „Mecklenburger AnStiftung“, weitere regionale Formate entwickeln. Die Erfahrungen aus Mecklenburg-Vorpommern sollen im Anschluss so aufbereitet werden, dass eine Übertragung auf andere Regionen möglich ist. ■



KONTAKT:
 Götz Lehmann
 Anne Frank Zentrum Berlin
 Telefon: 030 288865-5636
 lehmann@annefrank.de
 www.forum65plus.de

Hochwasserschutz durch Kommunikation

Technische Maßnahmen allein schützen nicht gänzlich vor den Folgen eines Hochwassers. Wenn Kommunen das Gefahrenbewusstsein ihrer Bürger und deren Handlungskompetenz im Hochwasserfall stärken, können die Schäden in der Gemeinde reduziert werden. [VON CHRISTINA MANTE]



Jeder Bürger ist dazu verpflichtet, sich im Rahmen seiner Möglichkeiten vor Hochwasser und dessen Folgen zu schützen – das legt das Wasserhaushaltsgesetz fest. Wer einmal ein Hochwasser miterlebt hat, hat oft ein großes Interesse daran, die eigene Vorsorge zu verbessern. Allerdings gilt auch: Je mehr Zeit nach einem Hochwasserereignis verstreicht, desto mehr lässt das Gefahrenbewusstsein der Menschen nach. Daher ist es wichtig, das Gefahrenbewusstsein der Menschen sowie die Erinnerung an Handlungsmöglichkeiten und an die Vorsorgepflicht aufrechtzuerhalten. Dabei spielen Kommunikation und Information die Schlüsselrollen.

Kommunikationsstrategie für Kommunen

Maßgebliche Akteure beim Hochwasserschutz sind die Kommunen. Sie sollten ihre Bürger für dieses Thema sensibilisieren. Dazu müssen sie Fragen klären: Auf welchem Weg wollen sie Risiken und Handlungsoptionen kommunizieren? Wie stellen sie sicher, dass die Informationen die identifizierten Zielgruppen erreichen und zum Handeln motivieren?

Eine systematisch erarbeitete Kommunikationsstrategie kann dabei unterstützen: Sie geht über die gesetzlich vorgeschriebenen Informationspflichten, etwa das Auslegen

von Überschwemmungsgebietsplänen, hinaus und bietet eine Struktur für die Vorgehensweise bei der Risikovermittlung. In einem ersten Schritt werden die relevanten Akteure, Verantwortlichkeiten, Ziele und Zielgruppen identifiziert. Darauf aufbauend werden geeignete zielgruppenorientierte Kommunikationsmethoden und -instrumente ausgewählt. Dabei gilt es, die der Gemeinde zur Verfügung stehenden Ressourcen – personelle und finanzielle – sowie mögliche Einschränkungen bei der Umsetzung bestimmter Maßnahmen zu berücksichtigen. In einem zweiten Schritt ist festzulegen, auf welche Weise die Wirksamkeit der Kommunikationsmaßnahmen regelmäßig evaluiert werden kann.

Risikokommunikation lernen – das Beispiel Flöha

Vertreter der rund 11000 Einwohner zählenden Kommune Flöha arbeiten seit dem Frühjahr 2015 am Thema Risikokommunikation bei Hochwasser. Die an der Zschopau gelegene Stadt wurde 2002 und 2013 von schweren Überflutungsereignissen getroffen. Um zukünftigem Hochwasser besser begegnen zu können, investierte die Kommune zum einen in den technischen Hochwasserschutz. Zum anderen schuf sie eine Stabsstelle Brand- und Katastrophenschutz in der Stadtverwaltung. Diese widmet sich insbesondere der Bürgerinformation und einer

1 Steigende Pegelstände der Zschopau: Beim Hochwasserschutz setzt die Stadt Flöha auf technische Maßnahmen und Sensibilisierung.

2 Zum Zeitpunkt eines schlimmen Überschwemmungsereignisses sind Hochwasserschutz- und Handlungsmaßnahmen in der Bevölkerung ein wichtiges Gesprächsthema. Mit der Zeit nimmt aber das Bewusstsein der Menschen für Hochwasserrisiken und -gefahren wieder ab.



Verbesserung der Hochwassereigenvorsorge. „Gute Erfahrungen haben wir mit unserem Vorgehen bei der Warnung im Notfall gesammelt“, sagt Christian Scheibner von der Stabsstelle. Ein Liveticker auf der Website der Stadt informiert über aktuelle Warnungen, Pegelstände und neue Entwicklungen in der Gefahrensituation. „Es hat sich gezeigt, dass wir über den Liveticker Fehlmeldungen, die in den sozialen Medien kursieren, entschärfen und Helfer zu Einsatzorten bitten können“, so Scheibner. „Außerdem haben sich Lautsprecherdurchsagen sowie Benachrichtigungen über Facebook und SMS sehr bewährt.“

Bestimmte Mitteilungen veröffentlicht die Stadt Flöha auch im Amtsblatt oder im monatlich erscheinenden Newsletter. Um das Gefahrenbewusstsein und die Handlungsfähigkeit der Bürger bei Hochwasserereignissen langfristig zu verbessern, liegen Broschüren und Handlungsanleitungen im Rathaus aus. Zehn Jahre nach dem ersten großen Hochwasserereignis führte die Stadt den Fotowettbewerb „Flöha – 10 Jahre nach der Flut“ durch und stellte die Teilnehmerbilder öffentlich aus. „Damit haben wir versucht, das Risikobewusstsein der Bürger aufrechtzuerhalten“, so Christian Scheibner. Er ist der Meinung, dass die Hochwasserrisikokommunikation noch weiter ausbaufähig ist, beispielsweise beim Konfliktmanagement.

Derzeit überarbeitet die Stadt Flöha den Alarm- und Einsatzplan und ergänzt ihn um den gesetzlich vorgeschriebenen Aufbau einer

Wasserwehr. Eine Internetseite soll bei Hochwassergefahr zusätzliche Hochwasserinformationen bieten und auch für die mobile Ansicht auf Smartphones und Tablets optimiert werden.

Online-Tool zur Optimierung

Risikokommunikation und Verbesserung der Katastrophenvorsorge stehen auch im Fokus des EU-Projekts „TACTIC – Tools, methods and training for communities and society to better prepare for a crisis“. Das Projektconsortium entwickelt derzeit ein Instrument, das Kommunen, Organisationen und Bürger dabei unterstützen soll, ihre Hochwasservorsorge durch eine zielorientierte Risikokommunikation zu verbessern. Voraussichtlich ab April 2016 soll es zur Verfügung stehen. Anhand einer webbasierten Selbstevaluierung kann damit der Stand der kommunalen oder privaten Hochwasservorsorge bewertet werden. Auf dieser Grundlage stellt das Online-Tool für den Nutzer Hintergrundinformationen und Verbesserungsvorschläge für die Risikokommunikation zusammen. Darüber hinaus ist das Tool mit einer Datenbank für gute Praxisbeispiele verknüpft, die dem Nutzer Anregungen für Handlungsmöglichkeiten in den Bereichen bietet, in denen das System Defizite in der Hochwasserrisikokommunikation erkannt hat. ■

Ziele der Risikokommunikation

- // **Warnen im Notfall**
Informationen über die Gefahr; Handlungsanweisungen
- // **Risikobewusstsein steigern**
Informationen über Hochwasser und über mögliche Konsequenzen
- // **Handlungsfähigkeit steigern**
Notfallvorsorge, Risikovorsorge (Bauen, Versicherungen), Rollen und Verantwortlichkeiten
- // **Informationen als Grundlage für Entscheidungen bereitstellen**
Herstellen von Transparenz (wissenschaftliche Studien, Daten und Informationen, Gutachten)
- // **Vorbeugung/Lösung von Konflikten**
Bereitstellen von glaubwürdigen Informationen, Austausch über Erwartungen und Ziele, offener Dialog
- // **(Wieder-)Herstellung von Vertrauen und Glaubwürdigkeit**
Schaffen von Transparenz und Konsistenz zwischen Wort und Handeln

Quelle: Lundgren, R. E., McMakin, A. H., 2013⁵: Risk communication: A handbook for communicating environmental, safety, and health risks. John Wiley & Sons, Hoboken.

SERVICE:

Zum Weiterlesen:

Internationale Kommission zum Schutz des Rheins (IKSR) (Hrsg.), 2002: *Maßnahmen und ihre Wirksamkeit*. Koblenz.

Lundgren, R. E., McMakin, A. H., 2013⁵: *Risk communication: A handbook for communicating environmental, safety, and health risks*. John Wiley & Sons, Hoboken.



KONTAKT:
Petra Walther
Landeshochwasserzentrum Sachsen
Telefon: 0351 89284514
petra.walther@smul.sachsen.de
www.tacticproject.eu

Über Rückzug reden

Ländliche Akteure kennen das: So manche Ortslage ist von Leerstand geprägt, eine Trendumkehr ist kaum mehr vorstellbar. Was wäre, wenn man sich aus diesen Siedlungsteilen zurückziehen würde? [VON JENS-MARTIN GUTSCHE]

Dass der demografische Wandel immer mehr ländliche Gemeinden vor große Herausforderungen stellt, ist bekannt. Er zeigt sich unter anderem in einem hohen Leerstand, sowohl innerörtlich als auch in Randlagen. Insbesondere kleine Ortsteile oder Ansammlungen von wenigen Gehöften sind zudem oft schlecht erreichbar. Durch die fehlende Infrastruktur sind sie auch wenig attraktiv für Zuzug. Dass dort zudem die Standards der Daseinsvorsorge, beispielsweise beim Brandschutz, nicht mehr eingehalten werden, wird von den verbleibenden Bewohnern und Behörden gezwungenermaßen in Kauf genommen. Spätestens, wenn größere Investitionen anstehen – beispielsweise die Sanierung einer Brücke auf der einzigen Zufahrtsstraße zu einem Weiler oder die Erneuerung der Wasserver- und entsorgung – steht die Frage nach dem Umgang mit solch problembeladenen Siedlungsteilen im Raum. Welche Entscheidungen sind angesichts der kommunalen Finanzknappheit möglich?

Hinter vorgehaltener Hand diskutiert

Diese Frage berührt ein Tabu-Thema: die Aufgabe von kleinen Dörfern oder peripheren Siedlungsteilen. Während der Rückbau von Gebäuden auf einzeln liegenden Parzellen oder von leerstehenden Einzelgehöften im Außenbereich bei Politik und Medien in der Regel auf Zustimmung stößt, wird der Gedanke, teilweise noch bewohnte Siedlungsteile aufzugeben, nur in der Wissenschaft und in fachlichen Gutachten offen diskutiert. In Politik und Öffentlich-

keit hingegen hat beispielsweise der Vorschlag des Berlin-Institutes für Bevölkerung und Entwicklung, den Bewohnern kleiner Dörfer mit starkem Bevölkerungsverlust eine Wegzugsprämie anzubieten, zu heftigen Reaktionen geführt. Könnte es für einzelne ländliche Gemeinden aber nicht eine große Hilfe sein, die Option zu erhalten, im Einzelfall für einen peripher gelegenen Ortsteil einen strategischen Rückzug ins Auge zu fassen? In der kommunalen Diskussion hört man solche Gedanken bisher selten und wenn, dann nur hinter verschlossenen Türen. Doch haben mittlerweile über 50 kommunale Akteure aus ganz Deutschland Interesse daran bekundet, sich genau dieser Frage im geschützten Rahmen eines Planspiels zu stellen: Können Gemeinden durch den punktuellen Rückzug aus einzelnen Ortslagen gestärkt und für die Bewohner der betroffenen Ortsteile lebenswerte Perspektiven entwickelt werden?

Optionen durchspielen

Mit dem Planspiel wollen sich das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) und das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur einer Antwort annähern. Entwickelt wurde es von den Planungsbüros Gertz Gutsche Rümenapp und pro loco sowie dem Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung. Im Rahmen einer Vorstudie wurden zunächst Gespräche mit kommunalen Akteuren, Regional- und Landesplanungen sowie den Städte- und Gemeindebünden geführt. Das dabei aufgezeigte Spannungsfeld zwischen Be-

darf und öffentlicher Ablehnung erinnert an die anfängliche Debatte zum Förderinstrument „Stadtumbau“ vor rund 15 Jahren, das inzwischen bundesweit etabliert ist. Lassen sich vergleichbare Ansätze auf den ländlichen Raum übertragen?

Anhand anonymisierter Fallbeispiele unter realen Bedingungen soll nun geprüft werden, ob es einen kommunalen Mehrwert für ein Instrument „Strategischer Rückzug“ gibt. Lautet die Antwort ja, gilt es zu erarbeiten, welche rechtlichen, finanziellen und planerischen Aspekte ein solches Instrument berücksichtigen müsste. Interessierte können sich beim BBSR für die Teilnahme am Planspiel melden. ■



KONTAKT:
Michael Zarth
Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und
Raumforschung (BBSR)
Telefon: 0228 99401-2110
Michael.Zarth@BBR.Bund.de
http://kurzlink.de/planspiel_rueckzug

WLAN für alle



Engagieren sich für Freifunk: Klaus Brand, Thomas Schwichtenberg, Benjamin Schmitt, Emmanouil Kampitakis, Tobias Theobald, Benjamin Eberle, Jan Schnurpfeil und Thomas Bock. www.freifunk-westpfalz.de

Vor einem Jahr haben mehrere Gemeinden im Donnersbergkreis gemeinsam mit dem Chaos Computer Club Kaiserslautern (Chaos inKL.) das Projekt „Freifunk Westpfalz“ gestartet. Über 540 Nutzer, darunter Privatleute, Initiativen und Unternehmen, geben mittlerweile ihr WLAN frei und sorgen damit für kostenlos verfügbares Internet.

”

Die Idee ist, ein freies Netz aufzubauen.“

Wie funktioniert ein dezentrales Freifunk-Netzwerk?

Schwichtenberg: Jeder, der mitmacht, braucht einen WLAN-Router, der mit einer Firmware von Freifunk Westpfalz bespielt und damit zum Freifunk-Knoten wird. Der Router verbindet sich mit einem oder mehreren Freifunk-Servern, die durch den Chaos inKL. betrieben werden. Die Daten werden dann von einem Freifunk-Knoten zum nächsten weitergegeben. Wenn also drei Menschen in einer Straße einen Freifunk-Router aufgestellt haben, dann funktioniert der Internetzugang auch noch, wenn einer von ihnen gerade keine eigene Internetverbindung hat.

Kann man auch an Orten ohne Internetzugang surfen, wenn genug Knotenpunkte miteinander verbunden sind?

Schwichtenberg: Das geht nur, wenn die Knotenpunkte relativ dicht beieinander liegen. Mehrere Häuser zu überwinden, ist kein Problem, aber von einem Ort zum nächsten geht es nicht.

Bock: Nach unseren Erfahrungen ist es realistisch, dass die Entfernung zwischen den Knoten bei 50 bis 100 Metern liegen darf.

Freifunk ist demnach keine Alternative zum viel diskutierten Breitbandausbau.

Schwichtenberg: Freifunk kann den Breitbandausbau nicht ersetzen, Freifunk braucht Internetanschlüsse. In einem mit Internet gut versorgten Dorf ist Freifunk hilfreich, wenn ein etwas weiter draußen liegender Aus siedlerhof oder Weiler angeschlossen werden soll.

Wie profitiert eine Region von Freifunk?

Schwichtenberg: Wenn eine Dorfgemeinschaft beschließt, in Eigenleistung ein Glasfaserkabel aus der nächstgrößeren Gemeinde bis in den Dorfkern zu verlegen, dann wäre es ein großer Aufwand, alle Häuser mit einem direkten Anschluss zu versorgen. Die Unterverteilung könnte man mit Freifunk gewährleisten.

Bock: Die Gemeinde Weitersweiler macht beim Freifunk mit, weil zwar alle Einwohner Internet zuhause haben, aber sobald sie ins Freie gehen, können sie ihr Smartphone nicht mehr nutzen, da der Mobilfunk so schlecht

ist. In der Region gibt es zudem viele Veranstaltungen, etwa einen deutsch-französischen Bauernmarkt. Die Gäste aus dem Ausland sind begeistert, wenn sie bei uns das Internet kostenlos nutzen können. Freifunk ist positiv für den Tourismus.

Schwichtenberg: Für die Jugend, die wir natürlich gerne im Dorf halten möchten, ist das auch wichtig.

Schmitt: Freifunk ist aber nicht nur Internet: Die Idee dabei ist auch, ein freies Netz aufzubauen, das ähnlich wie ein Netzwerk in einem Unternehmen die Computer in einem Dorf verbindet.

Schwichtenberg: Eine Gemeinde kann ihren Bürgern darüber lokale Dienste anbieten. Man könnte Nachrichten des Gemeinderats abrufen, auch ohne Internetzugang.

Vor allem möchte Freifunk aber möglichst vielen Personen das Internet zugänglich machen.

Welche Rolle spielt diese soziale Komponente?

Schwichtenberg: Sie ist uns sehr wichtig.

Bock: Wir gehen momentan auf soziale Einrichtungen zu. Wir haben ein Frauenhaus in Kirchheimbolanden, durch Freifunk können die Frauen nun kostenlos kommunizieren. Außerdem überlegen wir, wie wir Flüchtlings-einrichtungen versorgen können.

Wer haftet beim Freifunk rechtlich?

Schwichtenberg: Der Verein Chaos in KL. kann wie ein Provider nicht haftbar gemacht werden. Und da wir eine Gruppe von Privatpersonen sind, dürfen wir die Daten der Freifunk-Nutzer nicht sammeln. Juristisch ist das sehr günstig für uns.

Wie decken Sie die Kosten für die Infrastruktur des Freifunk-Netzes?

Bock: Für den Betrieb der Server haben wir laufende Kosten von rund 2400 Euro pro Jahr, dafür sammeln wir Spenden. Der einzelne Nutzer muss sich nur das Gerät kaufen, das 20 bis 50 Euro kostet. Außer Stromkosten von bis zu sieben Euro im Jahr gibt es dann keine weiteren Kosten mehr.

Vielen Dank für das Gespräch.

Das Interview führte Andrea Birrenbach.

Eine Mitarbeiterin für jeden Fonds

Ziel der EU-Kohäsionspolitik ist, den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt der Union zu stärken. Wesentliche Instrumente dafür sind die Europäischen Struktur- und Investitionsfonds. Bei der Kontakt- und Beratungsstelle Brandenburg informieren drei Mitarbeiterinnen über ELER, EFRE und ESF. [VON JULIA GÖRLITZ]

Die Grundlagen für die Förderung durch die Europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESI-Fonds) unter dem Gemeinsamen Strategischen Rahmen (GSR) sind in der Partnerschaftvereinbarung zwischen Deutschland und der Europäischen Kommission festgelegt. Die Partnerschaftvereinbarung bildet den übergeordneten Rahmen für die Programme, die die Umsetzung der ESI-Fonds regeln. Für die Erarbeitung und die Realisierung der Programme ist ein umfassender Beteiligungsprozess notwendig.

Unterstützung der Verwaltung

Das Herzstück der Beteiligungsstruktur sind die Begleitausschüsse. Um die Abstimmung und Koordination der Fonds gewährleisten zu können, wird in Brandenburg ein Gemeinsamer Begleitausschuss (BGA) für den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) und den Europäischen Sozial-

fonds (ESF) eingesetzt. Diesem Gremium gehören gemäß dem Partnerschaftsprinzip neben Vertretern der Landesbehörden und der EU-Kommission auch Partner aus den Bereichen Wirtschaft, Soziales, Umwelt und Forschung an. „Eine gute Verbindung zu den Partnern zu entwickeln und zu pflegen, ist für die Verwaltungsbehörde EFRE sehr wichtig. Nicht nur, weil die EU die Anforderungen erhöht hat, sondern weil die Umsetzung eines so komplexen Programms nicht ausschließlich von der Verwaltung gestemmt werden kann“, so Vera Viehrig, Leiterin der EFRE-Verwaltungsbehörde.

Enger Austausch mit Verwaltungsbehörden

In der vergangenen Förderperiode wurden die Partner durch die Kontakt- und Beratungsstelle Brandenburg (KBS) im Bereich der ESF-Förderung unterstützt. „Dieses Partnernetzwerk hat sich für den ESF gut bewährt und wird in der Förderperiode 2014 bis 2020 nun fondsübergreifend finanziert“, sagt Angelika Scherfig, Leiterin der ESF-Verwaltungsbehörde. Seit Januar 2015 werden die Partner von der KBSplus beraten. Die KBSplus besteht aus einem Team von vier Mitarbeiterinnen, die in Teilzeit arbeiten. Für jeden Fonds steht jeweils eine Mit-

arbeiterin als Kontaktperson zur Verfügung, eine Stelle wurde für die Projektassistenz geschaffen. Die Mitarbeiterinnen stehen durch regelmäßige Treffen in engem Austausch mit den Verwaltungsbehörden.

Um Lösungen für Probleme bei der Umsetzung von Projekten zu finden, werden Workshops für die BGA-Partner unter Beteiligung weiterer Partner und Multiplikatoren durchgeführt; im September 2015 ging es beispielsweise um die Entbürokratisierung beim Einsatz der EU-Fonds. Die Kritikpunkte der Partner, unter anderem am Vergaberecht, wurden von der KBSplus zusammengetragen und an die EU-Kommission weitergegeben. Die Planung solcher Veranstaltungen richtet sich nach den verwaltungsseitigen Erfordernissen und dem Informationsbedarf der Partner.

Informationen für alle Akteure

Zu den Kernaufgaben der BGA-Partner gehört die Prüfung und Billigung der jährlichen Durchführungsbereichte der Fonds, der Projektauswahlkriterien, der Bewertungsplanung und der Kommunikationsstrategien. Die KBSplus unterstützt die Partner durch die Aufbereitung der Dokumente und Informationen und vermittelt ihnen notwendiges Wissen bei Lenkungsgruppentreffen. Sie informiert Akteure außerhalb des BGA beispielsweise über ihre Website, durch Workshops und Netzwerkarbeit. Das Projekt KBSplus wird aus Mitteln der Technischen Hilfe der ESI-Fonds und aus Landesmitteln finanziert, Träger ist der DGB Bezirk Berlin-Brandenburg. Der Bewilligungszeitraum endet am 31. Dezember 2017. Dann wird sich zeigen, ob der in dieser Form bundesweit einmalige fondsübergreifende Beratungsansatz zukunftsfähig ist. ■



Die EU im Mittelpunkt: Bei einem Workshop zur Entbürokratisierung im September 2015 diskutierten die Teilnehmer über den effektiven Einsatz der ESI-Fonds.

Foto: Julia Görlitz, KBSplus



KONTAKT:

Julia Görlitz

Mitarbeiterin für den ELER

Kontakt- und Beratungsstelle zur

Begleitung der EU-Fonds in Brandenburg –

KBSplus – Ein Partnernetzwerk

DGB Bezirk Berlin-Brandenburg

Telefon: 030 21240411

julia.goerlitz@dgb.de

kbsplus.dgb.de



DIE POSITION

Agrarinvestitionsförderung – Wohl oder Übel?

Von Ulrich Koester, Professor am Institut für Agrarökonomie der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel und Bernhard Forstner vom Thünen-Institut für Betriebswirtschaft in Braunschweig

Die Investitionsförderung ist ein wichtiges Instrument der Agrarpolitik, pro Jahr werden etwa 2 500 Betriebe mit einem Investitionsvolumen von etwa 750 Millionen Euro unterstützt. Seit dem Jahr 2000 wird die Förderung einer Evaluation unterzogen. Die bisherigen Bewertungsergebnisse sind ernüchternd: Aus betriebswirtschaftlicher Sicht waren die geförderten Investitionen häufig nicht rentabel, weil entweder die Projekte in den Anträgen „schöngerechnet“ oder nicht ökonomische Investitionsziele verfolgt wurden. Empirische Analysen zeigen, dass die Rentabilitätsentwicklung von geförderten und nicht geförderten Unternehmen vielfach keinen Unterschied aufwies oder Differenzen sogar zu Ungunsten geförderter Betriebe ausfielen. Hohe Mitnahmeeffekte von 30 bis 50 Prozent lassen die bisherige Förderung aus gesamtwirtschaftlicher Sicht noch ungünstiger erscheinen. Zudem lässt sich der politisch gewünschte Strukturwandel mit der Förderung kaum steuern.

In der aktuellen ELER-Förderperiode sollen Wissenstransfer und Innovation – insbesondere durch Partnerschaften von Wissenschaft, Beratung und Praxis – verstärkt zur Verbesserung der Produktivität und Effizienz im Agrarbereich beitragen. Dieser Ansatz ist im Vergleich zur jahrelang praktizierten Massenförderung neu. In Deutschland zielt die Investitionsförderung nun verstärkt darauf ab, Leistungen für das Gemeinwohl, konkret Tier-, Umwelt- und Klimaschutz, zu fördern. Dadurch steigt zwar die Konsistenz der Förderung, da nicht mehr die Masse, sondern besondere Investitionen mit höheren Zuschüssen gefördert werden. Gleichzeitig wird es aber schwieriger, die Fördereffizienz zu messen und zu bewerten: Die große Vielfalt an Zielen bei der Auswahl von förderfähigen Investitionen zu berücksichtigen, wird die Verwaltung vor große Probleme stellen.



Stimmen Sie dem zu?

Oder sehen Sie es anders?

An dieser Stelle veröffentlichen wir Ihre Leserbriefe zur obenstehenden Position und zu den Inhalten unseres Magazins. Schicken Sie uns Ihre Meinung per E-Mail an landinform@ble.de, per Fax oder auch gerne per Post. Ihre LandInForm-Redaktion

angelesen



Willkommen auf dem Land

Integration ist ein Handlungsfeld, um ländliche Regionen im demografischen Wandel zukunftsfähig zu machen. Was können und was müssen Kommunen dafür tun? Zuallererst gilt es, Rahmenbedingungen zu erfassen: Wie entwickelt sich die Bevölkerung in der Region und welche Möglichkeiten existieren, um damit verbundene Aufgaben zu meistern? Dann muss die Kommune interkulturelle Kompetenz erwerben. Aber was bedeutet interkulturelle Öffnung in einer Kommune und was zeichnet eine Anerkennungs- und Willkommenskultur aus? Sieben Städte und ihre Landkreise haben von 2012 bis 2014 ihre kommunale Integrationsstrategie im Rahmen des Forschungs-Praxis-Projekts „Integrationspotenziale ländlicher Regionen im Strukturwandel“ der Schader-Stiftung neu ausgerichtet. Sie wurden dabei von Forschungspartnern und einem Coachingverfahren unterstützt. Ihre Erkenntnisse und Erfahrungen zeigen, welche typischen Stolpersteine, übertragbaren Erfolgsfaktoren und Handlungsempfehlungen es gibt. Die daraus abgeleiteten Handlungsempfehlungen machen deutlich: Es ist sowohl ein Paradigmenwechsel zu einer wertschätzenden Integrations- und Diversitätspolitik notwendig als auch ein Leitbild, das Vielfalt wagt. Wer Zuwanderung als Querschnittsaufgabe anerkennt, kann die Integration aus der sozialen Nische herausholen und zum gesamtgesellschaftlichen Thema machen. Das Handbuch stellt theoretische Ansätze sowie die konkreten Aktivitäten der sieben Kommunen vor. Es liest sich nicht nebenbei, denn mitunter nehmen die Autoren einen Anlauf, um zum konkreten Thema zu gelangen. Doch Durchhalten lohnt sich: Viele Praxis-Beispiele veranschaulichen die in den Regionen in Gang gesetzten Prozesse. [arh]

Schader-Stiftung (Hrsg.):
Interkulturelle Öffnung und Willkommenskultur
in strukturschwachen ländlichen Räumen.
Ein Handbuch für Kommunen,
2014, 164 Seiten, kostenfrei bestellbar unter
www.integrationspotenziale.de
ISBN 978-3-932736-43-8



Landflucht 3.0

Welche Zukunft hat der ländliche Raum im 21. Jahrhundert, dem Zeitalter der Mega-Metropolen und ungebremsten Verstädterung? Mit ihren Beiträgen wollen die 20 Autoren des Sammelbands der Herbert Quandt-Stiftung einen Beitrag zu dieser regelmäßig wiederkehrenden Debatte leisten. Die Inhalte reichen von wissenschaftlichen Analysen und politischen Konzepten über die Gesundheitsversorgung auf dem Land und die Landwirtschaft bis zur medialen Wahrnehmung des Landes. Dabei gibt es sowohl theoretische als auch praxisnahe Texte. Andreas Holstein etwa, der Bürgermeister von Altena in Westfalen, der in Westdeutschland am stärksten demografisch gebeutelten Stadt, zeigt, wie sich kommunal Handlungsszenarien gestalten lassen. Werner Schwarz, der Vizepräsident des Deutschen Bauernverbandes, vergleicht landwirtschaftliche Modelle und kommt zu dem Schluss: Die Landwirtschaft ist ein Zukunftssektor, der nicht verloren gehen darf. Der Kommunikationswissenschaftler Robert Veitenhansl zeigt in seinem Beitrag Erfolge und Misserfolge von Kommunikationskampagnen für den ländlichen Raum auf. Weshalb sogenannte Idylle-Magazine aktuell einen regelrechten Boom erleben, untersucht die Journalistin Canan Topcu am Beispiel des erfolgreichen Magazins „LandLust“. Weniger Lust als Frust erzeugt der Mangel an ärztlicher Versorgung im ländlichen Raum. Auch die Sozialwissenschaftlerin und Demografin Claudia Neu schlägt eher kritische Töne an: Die Folgen des demografischen Wandels seien bekannt, Schrumpfung, Rückbau und Kürzungen aber noch immer nicht vermittelbar. Eine Bettlektüre ist dieses Buch nicht, das eine oder andere Kapitel ist sogar schwere Kost; die dargestellten Herausforderungen, Lösungsansätze und Forderungen sind aber auch für Nichtwissenschaftler verständlich aufbereitet und für jeden zu empfehlen, den die Zukunft des ländlichen Raumes bewegt. [mok]

Herbert Quandt-Stiftung (Hrsg.):
Landflucht 3.0 – Welche Zukunft hat der ländliche Raum?,
Herder Verlag, 2015, 228 Seiten, 16,99 Euro,
ISBN 978-3-451-33386-6

angekündigt

Zukunftsforum Ländliche Entwicklung 2016

Um „Lebenswerte Regionen – dynamisch und innovativ“ wird sich das 9. Zukunftsforum Ländliche Entwicklung am 20. und 21. Januar 2016 während der Internationalen Grünen Woche drehen. Unter diesem Motto finden im CityCube Berlin 24 Vorträge und Diskussionsrunden statt, Veranstalter ist das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL). Die Veranstaltungen spannen einen breiten inhaltlichen Bogen, der von Heimat und Identität, Naturkapital und öffentlicher Leistung über Beteiligung und Bürgerengagement bis zum Thema „Willkommenskultur“ reicht.

Zuwanderung macht die ArgeLandentwicklung mit ihrem Beitrag „Nachhaltige Integration von Migrantinnen und Migranten in ländlichen Räumen“ zum Thema.

Der Deutsche LandFrauenverband (dlv) wird in seiner Begleitveranstaltung mit dem Titel „Willkommenskultur gestalten – Netzwerke für eine gelingende Integrationspolitik im ländlichen Raum“ Erfahrungen aus der Praxis diskutieren.

„Kann man die Regionalität schmecken?“ fragt der Verein Geschmackstage Deutschland, der auf den derzeitigen Trend eingeht, verstärkt Regionalprodukte zu vermarkten. Vorgestellt werden die Ergebnisse einer Studie, die auch Handlungsempfehlungen für Erzeuger, Verarbeiter und Vermarkter

enthält. Konkrete Beispiele für die erfolgreiche Versorgung innerhalb von Dörfern zeigt der Veranstaltungsbeitrag „Gut versorgt im Dorf?! Zukunftsfähige Nahversorgungsideen für ländliche Räume“ des Kompetenzzentrums Ländliche Entwicklung der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) auf. Das Kompetenzzentrum ist mit einer weiteren Veranstaltung beim Zukunftsforum vertreten: „Land(auf)Schwung – Freiräume nutzen, Impulse setzen“ heißt das Referat, bei dem das Modellvorhaben „Land(auf)Schwung“ des BMEL vorgestellt wird: Es unterstützt 13 strukturschwache Landkreise bei der Entwicklung ihrer Zukunftskonzepte.

Zum Dialog im „Land_Lab“ rufen der Deutsche Städte- und Gemeindebund und der Verband der Landwirtschaftskammern auf. Der Bundesverband der gemeinnützigen Landgesellschaften macht gemeinsam mit acht Kooperationspartnern Ländliche Räume 4.0 zum Thema und fragt nach, was die Erweiterung der Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes (GAK) bringt.

Wie Ökosystemleistungen erfasst, bewertet und in politische und wirtschaftliche Entscheidungen integriert werden können, zeigt der zweite TEEB DE-Bericht „Ökosystemleistungen in ländlichen Räumen – Grundlage für menschliches Wohlergehen und nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung“. Er wird bei der Begleitveranstaltung von

Naturkapital Deutschland – TEEB DE vorgestellt. Auch die DVS wird sich in Kooperation mit der Agrarsozialen Gesellschaft und der Bundesarbeitsgemeinschaft der Lokalen Aktionsgruppen mit einer Veranstaltung am Zukunftsforum beteiligen (siehe Beitrag auf Seite 8). [abb]

www.zukunftsforum-laendliche-entwicklung.de

Robert Bosch Stiftung sucht Neulandgewinner

Die Robert Bosch Stiftung sucht Menschen, die ihre Region, ihr Umfeld oder ihre Nachbarschaft in Zeiten gesellschaftlicher Veränderungen selbst gestalten. Die Ideen und Wege, mit den Herausforderungen des demografischen Wandels umzugehen, dürfen unkonventionell sein: Sie sollen vor allem das Gemeinwohl und das Miteinander in den Mittelpunkt stellen und das Ziel haben, eine hohe Lebensqualität für alle zu erhalten oder zu schaffen. Solche Projekte haben die Chance, über das Programm „Neulandgewinner. Zukunft erfinden vor Ort“ der Robert Bosch Stiftung gefördert zu werden. Online-Bewerbungen können bis 4. März 2016 eingereicht werden. [abb]

www.neulandgewinner.de

LandInForm

Ab sofort möchte ich **kostenlos** LandInForm – Magazin für ländliche Räume abonnieren. Bitte schicken Sie mir von jeder aktuellen Ausgabe Exemplare.

Institution _____

Vorname/Nachname _____

Straße/Hausnr. _____

PLZ/Ort _____

Telefon _____ E-Mail _____

Datum _____ Unterschrift _____

Ich möchte den kostenlosen DVS-Newsletter landaktuell abonnieren. (Bitte geben Sie Ihre E-Mail-Adresse an.)

bitte
freimachen

Sie können LandInForm auch im Internet unter www.land-inform.de bestellen.

Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung
Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume
Deichmanns Aue 29
53179 Bonn